

Global denken, lokal handeln – wider die Nationalisierung der Politik

Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung der HTWK „Mitmenschen – auf dem Weg zur Weltgemeinschaft“ 04. Januar 2017

1 Der konziliare Prozess

Als in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Kirchen Ost- und Westdeutschland der sog. „Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ entwickelt wurde, geriet das Motto „Global denken, lokal handeln“ zu einer strategischen Leitlinie für die aus der Friedensbewegung heraus entstandene ökumenische Initiative. Mit ihr wollten sich Christinnen und Christen aus allen Konfessionen und in aller Welt vernetzen. Das Bekenntnis des Glaubens galt es zu verbinden mit konkretem Handeln in der einen Welt Gottes – aber vor Ort. Dabei wurde es als ein himmelschreiender Skandal angesehen, dass Menschen in anderen Teilen der Welt, die sich auch als Christen verstanden, Unterdrückung, Ausbeutung, Hunger, Kriegen ausgesetzt waren, deren Ursachen wiederum in der Lebensweise in den christlich geprägten Industrienationen der nördlichen Hemisphäre gesehen wurden. Das Etikett in unseren Kleidungsstücken zeigt nicht nur, dass jeder von uns die Globalisierung an sich trägt. Das Etikett ist auch der peinliche Beweis dafür, dass wir in vielerlei Hinsicht auf Kosten anderer Menschen leben. So leben wir in der absurden Situation, dass diejenigen, die vor ungerechten Lebensbedingungen flüchten hier vor den Kaufhäusern Schlange stehen, in denen die Produkte für billiges Geld verkauft werden, die unter den Bedingungen hergestellt worden sind, vor denen die Menschen geflüchtet sind, die sie jetzt kaufen.

Der konziliare Prozess entwickelte gerade in den 80er Jahren sowohl eine kirchliche wie politische Dynamik, die sich auch lokal niederschlug. Zum einen möchte ich erinnern an den Früchte- und Bankenboykott in der 80er Jahren insbesondere in den Niederlanden und in Westdeutschland, um die unselige Verquickung mit dem ungerechten Apartheid-Regime in Südafrika anzuprangern und zu Fall zu bringen. Da hatte das lokale Handeln an vielen Orten tatsächlich gravierende Auswirkungen auf die Politik global agierender Konzerne und damit auf die Politik. Der Zusammenhang von globalem Denken und lokalem Handeln wurde auch eindrucksvoll gelebt in den Ökumenischen Versammlungen in Dresden 1988 und 1989. Diese waren ein wesentlicher Impuls für die Friedliche Revolution 1989/90. Denn die Forderungen des konziliaren Prozesses führten zur Delegitimierung des Systems von Diktatur, Entmündigung und Demütigung in der DDR – d.h. global gültige Überzeugungen in den Bereichen Friedensethik, Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Menschenrechte ließen Bürgerinnen und Bürger vor Ort gegen die Umweltzerstörung, gegen Menschenrechtsverletzungen und gegen Militarisierung der Erziehung und des Landes protestieren. Die Kraft des Protestes rührte daher, dass Grundlage der Bewegung weltweit geltende

ethische Maßstäbe waren, die vor allem aus den Kirchen und ihren Glaubensgrundlagen heraus entwickelt wurden.

2 Die biblische Urgeschichte

So knüpfte der konziliare Prozess an wichtige biblische Einsichten an, ohne die der heute wieder beschworene abendländische Wertekanon nicht zu denken ist, die aber leider aus dem Bewusstsein vieler Menschen verschwunden sind. Darum möchte ich zunächst auf die ersten 11 Kapitel unserer Bibel verweisen, die sog. Urgeschichte (1. Mose 1-11) – sozusagen eine Präambel im hebräischen Teil unserer Bibel (Altes Testament). Die Urgeschichte geht der uralten Frage des Menschen nach dem Woher und Wohin, nach dem Wozu und nach dem Wie des Lebens nach und führt grundlegende Probleme der menschlichen Existenz auf die Ursprünge zurück.

- In der **1. Schöpfungsgeschichte** (1. Mose 1,1-2,4a) wird versucht, die Erschaffung der Welt als einen Sinn stiftenden, aufeinander abgestimmten Prozess darzustellen, der in der Abfolge ungefähr dem entspricht, was heute auch naturwissenschaftlich gedacht wird: vom Urknall bis zum Homo sapiens. Höhepunkt dieser Erzählung ist die „Gottesebenbildlichkeit“ des Menschen (1. Mose 1,27). Das bedeutet nichts anderes als, dass jeder Mensch ein Stück von Gott ist: im Sinn von „Teil“ und im Sinne von „gemacht“. Darin liegen die Würde und das Recht des Menschen begründet.
- In der **2. Schöpfungsgeschichte**, der sog. Paradieserzählung (1. Mose 2,4b-25), werden Gott und Mensch als Partner dargestellt. Der Mensch ist Teil der ganzen Schöpfung und auf diese angewiesen. Der Auftrag Gottes an den Menschen lautet, die Erde zu bebauen und zu bewahren (1. Mose 2,15). Daraus erwächst dem Menschen eine besondere Verantwortung.
- In der **Geschichte vom Sündenfall** (1. Mose 3) wird dargestellt, dass der Mensch durch das Essen der Frucht vom Baum der Erkenntnis nicht nur zwischen gut und böse unterscheiden, sondern nun auch gut und böse, richtig und falsch handeln kann. Aber er wird der daraus erwachsenden Verantwortung nicht gerecht, sondern versucht sich ihr zu entziehen. Mit der Frage „Adam, wo bist du?“ (1. Mose 3,9) wird der Mensch in seinem Versteck aufgespürt, aus ihm herausgerufen und als einzelner auf seine Verantwortung für sein Tun angesprochen.
- In der **Erzählung von Kain und Abel** (1. Mose 4) nimmt die Zwiespältigkeit des Menschen zerstörerische Züge an. Von nun ist das Leben des Menschen bestimmt von Fluch und Segen. Gott verflucht Kain, der seinen Bruder Abel erschlagen hat. Gott wirft Kain vor, nicht Herr über seine Sünde gewesen zu sein, d.h. den Maßstäben des Lebens nicht gerecht zu werden, seine Verantwortung nicht wahrzunehmen. Darum muss Kain unruhig und flüchtig leben. Doch das Entscheidende ist: So wie Gott Adam und Eva nicht sterben ließ, obwohl sie von der verbotenen Frucht gegessen haben, so schützt Gott

das Leben des Mörders und lässt Neuanfänge zu, ohne die Tat des Kain zu bagatellisieren oder gar zu rechtfertigen.

- Bevor Gott die Welt mit der **Sintflut** (1. Mose 6-9) untergehen lässt, schließt er mit Noah einen Schutzbund und verheißt nach der Sintflut der Erde dauerhaften Bestand (1. Mose 8,21f). Der Bogen, den Gott in die Wolken setzt (1. Mose 9,13, aus ihm wurde dann der Regenbogen), zeigt an, dass Gott keine „Waffen“ mehr gegen die Menschen richten will (der umgekehrte Streitbogen ist also ein uraltes Friedenszeichen). Das Überraschende: Gott begründet das Ende der Sintflut mit den gleichen Worten wie die Notwendigkeit der Sintflut: „*Denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf*“. Das bedeutet: Mit Strafe erreicht selbst Gott keine Verbesserung der Lage. Veränderung geschieht allein aus Gnade.
- Die **Geschichte vom Turmbau zu Babel** (1. Mose 11) ist ein Plädoyer für Vielfalt gegen verordnete Einheitlichkeit. Die Menschen, die Gott „ganz oben“ suchen (und sich wegen dieser Mammutaufgabe „zwangsvereinigen“ = einerlei Sprache), finden oben nichts. Denn Gott ist schon längst auf der Erde unter den Menschen. Die Sprachverwirrung ist weniger Strafe als vielmehr Schutz vor dem Einerlei des Lebens und gleichzeitig ein Plädoyer für Vielfalt.

Obwohl diese Erzählungen über 2.500 Jahre alt sind, tun wir uns keinen Gefallen damit, sie im Orkus der Vergessenheit verschwinden zu lassen – einmal ganz abgesehen davon, dass wir damit wesentliche Anknüpfungspunkte unserer Identität verlieren. Denn in diesen Geschichten wird ein aktuelles Problem reflektiert: die Katastrophe eines scheinbar unwiderruflichen Endes, die daraus resultierende Endzeitstimmung, heute sagen wir eher: Zukunftsangst und die daraus entspringende Sehnsucht, sich denen anzudienen, die im Hauruck-Verfahren Probleme beseitigen wollen. Doch genau dieser Strategie „Problemlösung durch Problemvernichtung“ stellen sich die Geschichten entgegen, indem sie etwas Überraschendes offenbaren: die Einsicht Gottes, dass es nur ein Mittel gegen den Tod, gegen Gewalt, gegen das mutwillige Verspielen des Lebens, gegen die Überheblichkeit gibt: die Bewahrung, der Schutz des Lebens. Darin liegt der Keim des neuen Anfangs, des Guten. Vergeltung, Rache bewegen sich auf der Ebene der Gewalt, des Hasses, des Terrors und bedeuten: Tod, unwiderrufliches Ende. Es ist ein aufregender Aspekt des Glaubens in der jüdisch-christlichen Tradition, dass Gott – auf dem Umweg von Vernichtungsabsichten – zu dieser Einsicht gelangt. Und es ist ein Segen, dass er diese Einsicht nie mehr aufgibt, sondern sie immer deutlicher werden lässt – bis sie im Wirken, Leiden und in der Auferstehung Jesu Christi unwiderruflich geworden ist. Auch hier hat sich Gott nicht auf die Ebene des Todes ziehen lassen, indem er den Tod Jesu mit Tod beantwortet. Er hat – und daran erinnert das Kreuz – die Macht des Todes zunächst anerkannt, ihr sich ausgeliefert und unterworfen, um dann mit der Auferstehung Jesu von den Toten den neuen Anfang zu ermöglichen und uns vom Töten müssen zu befreien.

3 Grundwerte der jüdisch-christlichen Glaubensstradition

Warum habe ich Ihnen dies so ausführlich dargestellt? Ganz einfach: Heute wird die sog. jüdisch-christliche Glaubensstradition als Grundlage abendländischer Kultur oder deutscher Leitkultur beschworen – auch durch die, die sich im religiösen Niemandsland bewegen, grundsätzlich allem Religiösen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, aber nun mit ansehen müssen, dass mit dem Islam eine Religionswirklichkeit auf sie zukommt, die große Ängste auslöst: *dann doch lieber „christlich“, weil das zu unserer Kultur passt.* Doch wenn wir uns fragen, was die inhaltlichen Grundlagen dieser Glaubensstradition sind, dann stoßen wir auf universal gültige Gedanken, eben Anknüpfungspunkte, die auch in einem interreligiösen, interkulturellen, globalen Kontext kommunizierbar sind. Einige dieser Gedanken möchte ich noch einmal herausarbeiten:

- **Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes.** Wenn Christinnen und Christen aller Konfessionen sich im Apostolischen Glaubensbekenntnis zu Gott als dem „*Schöpfer des Himmels und der Erde*“ bekennen, dann müssen wir in jedem Menschen ein Geschöpf Gottes sehen, das mit Recht und Würde gesegnet ist. Dann dürfen wir weder in Menschen mit Behinderungen noch in einem Atheisten oder Moslem „Unglücksfälle“ der Schöpfung vermuten. Von diesem Grundsatz leiten sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau ebenso ab wie die soziale Verantwortung füreinander, wie auch die Würde des Menschen, der durch sein Tun und Lassen dieser göttlichen Bestimmung nicht gerecht wird. Ich erinnere an den wichtigen Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, der bei der Trauerfeier für die Opfer des Massakers am Guttenberg-Gymnasium in Erfurt 2002 ausrief: *„Was immer ein Mensch getan hat, er bleibt ein Mensch.“*
- Diese Erde bleibt – allen nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen Unterschieden zum Trotz – **die eine Welt Gottes.** Das begründet aber nicht einen Absolutheits- oder Herrschaftsanspruch der Glaubensüberzeugung, die diesem Grundsatz folgt. Vielmehr unterstreicht diese Aussage: Jeder Mensch vollzieht sein Leben in einem globalen Zusammenhang und trägt darum eine lokale Verantwortung für die Schöpfung Gottes.
- **Des Menschen Leben ist zeitlich begrenzt** und durch die Ambivalenz von gut und böse immer vom Scheitern bedroht. Darum benötigen wir Gebote und Regeln wie die 10 Gebote oder die Goldene Regel, auf deren Gültigkeit und Anwendung wir uns immer neu zu verständigen haben.
- Wir Menschen können nur überleben, wenn wir die empfangene **Gnade** zur Grundlage unseres Zusammenlebens machen. Darum ist der Maßstab alles menschlichen Handelns: **die Barmherzigkeit.** Das entspricht einer Grundüberzeugung, die wir sowohl im Judentum, wie im Christentum, wie im Islam finden:

Barmherzig und gnädig ist der Herr,

Geduldig und von großer Güte.

Psalm 103,8

Ohne diese grundlegenden Glaubenseinsichten können wir die abendländische Kultur weder tradieren, noch uns auf sie berufen. Mehr noch: Wir werden zu erkennen haben, dass diese Einsichten dort ihren Ursprung haben, wo wir heute den gewalttätigen Fundamentalismus islamischer Prägung verorten: im Nahen Osten. Aber was wir vor allem zu erkennen haben: Die genannten Grundwerte des Glaubens haben Eingang gefunden in unsere Verfassung und in unser Rechtswesen. Sie wurden und werden aber immer wieder von denen bestritten, die zum einen meinen, die Menschheit sei nur zu retten, wenn sie einer bestimmten Ideologie folgen, und zum andern sich dabei völkischen, nationalistischen, rassistischen Ausgrenzungsstrategien bedienen.

Der Publizist Carl Amery setzt sich in einem sehr lesenswerten Buch „*Hitler als Vorläufer? – Auschwitz, der Beginn des 21. Jahrhunderts?*“ mit den diktatorischen, autokratischen Systemen des 20. Jahrhunderts wie Stalinismus und Nationalsozialismus auseinander, um der Frage nachzugehen:

Müssen wir Unmenschen werden, um die Menschheit zu retten?

Müssen wir Grundwerte beiseiteschieben, um das Überleben zu sichern? Übrigens: Diese Frage steht hinter den so saloppen Formulierungen wie „*Wir können doch nicht die ganze Welt retten*“ (also lassen wir in Serbien Tausende Flüchtlinge mehr oder weniger verrecken) oder „*Wir doch nicht das Sozialamt Europas*“, um damit die Aushebelung von Grundwerten zu begründen. Diese Frage steht auch im Raum, wenn ein „*Krieg gegen den Terror*“ geführt und dabei massiv gegen Menschen- und Verfassungsrechte verstoßen wird. Amery kommt zu dem Schluss, dass Hitler diese Frage eindeutig mit JA beantwortet hat (Stalin, Pol Pot, Mao Tse Tung auch). Darin sieht er den Grund, warum gerade diese Systeme – und vor allem Hitler - Juden und die jüdisch-humanistische Tradition, zu der ich das Christentum zähle, verfolgt haben. Denn diese haben sich den Vernichtungsstrategien entgegengestellt:

... er (Hitler) meinte die jüdisch-humanistische Botschaft schlechthin – die Botschaft von der Friedfertigkeit, von der Erhaltung des schwachen und gekränkten Lebens, von der Notwendigkeit der Diskussion und des Kompromisses.

Inhaltlich ist damit sehr schön beschrieben, was der Ertrag der biblischen Einsichten ist und welche Inhalte abgerufen werden müssen, wenn wir von der jüdisch-christlichen Glaubens-tradition sprechen:

- Vorrang friedlicher Konfliktlösungen vor kriegerischen Auseinandersetzungen oder: der Vorrang der Barmherzigkeit vor der Vergeltung.
- die Würde des einzelnen, insbesondere auch des beschädigten Lebens,
- freie Meinungsäußerung und demokratischer Diskurs
- Bereitschaft zum Kompromiss.

Gerade Letzteres ist für den, der völkischen und nationalistischen Ideen folgt ein Fremdwort und gerät im Echo-Raum des Internets völlig aus dem Blickfeld. Das möchte ich nun im Folgenden noch näher erläutern.

4 Nationalisierung der Politik

Nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs und der Osterweiterung der EU setzte das mit Macht ein, was wir heute Globalisierung nennen: der weltweite, Grenzen überschreitende Austausch von Ideen, Waren, Finanzen – und auch von Menschen. Drei Entwicklungen wurden dabei völlig unterschätzt:

- Das Internet und die Digitalisierung des Lebens. Sie sind mit herkömmlichen Mitteln kaum zu kontrollieren.
- Der Finanzkapitalismus hat sich der neuen technischen Möglichkeiten bedient und sich ebenso rasant wie unkontrolliert entwickelt: eine virtuelle Geldvermehrung führte und führt dazu, dass real weltweit den Menschen riesige Geldmengen entzogen wurden und werden.
- Nicht nur Waren kommen aus aller Welt zu uns und können in alle Welt exportiert werden; auch Menschen bewegen sich global: freiwillig, vor allem aber gezwungenermaßen – von Prostitution angefangen bis zu den Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten.

Diese zunehmend als Misstände empfundenen Entwicklungen führten und führen dazu, dass sich weltweit sog. rechtspopulistische Bewegungen etablieren konnten. Sie nutzten zum einen die sozialen Verwerfungen, deren Ursachen man der Globalisierung (auch der Europäisierung) in die Schuhe schob und die gleichzeitig die Nationalisierung der Politik beförderten; zum anderen führten die Fluchtbewegungen aus dem Nahen Osten und aus Afrika dazu, die Nationalgrenzen zu aktivieren und dies mit einer Nationalisierung der Kultur und Religion zu verbinden. Letzteres ist nur möglich auf dem Hintergrund von rassistischen, ethnischen, religiösen Vorurteilen, die von Populisten geschürt werden. Das ist durch die sog. sozialen Netzwerke leichter denn je geworden.

Diese Entwicklung kann man anhand der rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen nicht nur in Europa aufzeigen: Front Nationale - Marine Le Pen, Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) – Heinz-Christian Strache, Partij voor de Vrijheid - Geert Wilders, Prawo i Sprawiedliwość (PiS) - Jarosław Kaczyński, Fidesz (Ungarischer Bürgerbund) - Viktor Orbán, Republican Party – Donald Trump. Und schließlich die Alternative für Deutschland (AfD), die letztlich das aufgegriffen hat, was Pegida auf die Tagesordnung setzte: der Kampf gegen die Islamisierung Europas und damit eine militant ausgeübte Fremdenfeindlichkeit.

5 Rechtspopulismus

Was aber macht den Rechtspopulismus aus? Ich möchte auf diese Frage zunächst wie folgt antworten:

Der Rechtspopulismus behauptet, dass er die Interessen des Volkes vertritt; allerdings bestimmt er selbst, wer zum „Volk“ gehört und wer nicht; damit grenzt er alle anderen möglichen Sichtweisen und Interessen aus.

Dahinter steht eine zutiefst antipluralistische Haltung. Es geht dem Populisten und seiner ihm folgenden Partei um einen Alleinvertretungsanspruch. Der Politologe Jan-Werner Müller hat dazu ein sehr aufschlussreiches Interview auf ZEITonline gegeben (<http://www.zeit.de/zeit-wissen/2016/05/populismus-politikwissenschaft-jan-werner-mueller-interview>). Dort zitiert er einen Satz von Donald Trump vom Mai 2016:

Das einzige, was zählt, ist die Einheit des Volkes. All die anderen Menschen zählen nicht. Das erklärt, warum Trump bis heute nur abfällig und ausgrenzend über Minderheiten redet, die er nicht zum „Volk“ rechnet: Muslime und mexikanische Migranten.

Auch die AfD reklamiert – genauso wie Pegida - einen Volkswillen, der der sog. etablierten Politik entgegengestellt wird: Wir sind das Volk, und ihr anderen seid die Volksverräter. Die Parole der Friedlichen Revolution „*Wir sind das Volk*“ war und ist aber nicht exklusiv, also andere ausschließend, gemeint – so wie das bei denen der Fall ist, die seit zwei Jahren mit diesem Ruf ungesagt mitbrüllen: Ihr Politiker, ihr Journalisten, ihr seid nicht das Volk, denn ihr seid „*Volksverräter*“; und ihr Geflüchtete seid es auch nicht, denn ihr seid „*muslimische Invasoren*“. 1989 hatte der Ruf „*Wir sind das Volk*“ eine ganz andere Bedeutung – allein schon deswegen, weil diejenigen, die das ausriefen, zu denen gehörten, die von der Staatsführung der DDR militant ausgegrenzt wurden. Sie brachten damit zum Ausdruck: Obwohl wir so verschieden sind und weil wir so unterschiedlich leben, wollen wir, dass diese Verschiedenheit nicht nur respektiert, sondern auch in Freiheit ausgelebt werden kann. Darum rufen wir denen, die das alles zu verhindern suchen, entgegen: „*Wir sind das Volk*“.

Carolin Emcke hat darauf hingewiesen, dass bei den Populisten „Volk“ nicht als „*demos*“ sondern als „*ethnos*“ verstanden wird – Volk als homogener Körper. Markus Frohnmaier, der Pressesprecher Frauke Petrys, sagte kürzlich:

Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht - denn wir sind das Volk.

Auf diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass Frauke Petry den Begriff „*völkisch*“ wieder „*positiv besetzen*“ will und dass sie den Vorwurf, die AfD sei „*deutschnational*“, positiv aufgreift, um dies als „*keine schlechte Beschreibung einer deutschen Partei*“ zu bezeichnen. Kein Wunder auch, dass Björn Höcke auf seiner Facebook-Seite die „*UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes*“ zitiert, um dann zynisch zu fragen: „*Gehört die Multikulturalisierung eines gewachsenen Volkes auch dazu?*“. Wer nun meint, dass sei nur die radikale Sicht eines Höcke, der sei auf das AfD-Programm verwiesen. Dort heißt es:

Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die

Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.

Im Klartext: Gesellschaftliche, kulturelle Vielfalt, Heterogenität wird als „Völkermord“, als Zerstörung der Nation angesehen. Diese Sicht des Volkes, der Nation ist nicht nur antidemokratisch. Hier wird – in der Strategie der Umkehrung der Werte - der Grundstein gelegt für eine gewalttätige Ausgrenzungspolitik – auch gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt. Damit folgt die AfD der Vorgabe von Jürgen Elsässer, Herausgeber des rechtsextremistischen COMPACT Magazins:

COMPACT bleibt die überparteiliche Stimme der Volkssouveränität und wird die AfD nur solange und insofern stützen, wie sie nicht zur Beute partikularer oder persönlicher Interessen wird, sondern der Parole folgt: ‚Alle Macht dem Volke‘.

Hier wird der Volksbegriff auf die begrenzt, die aus einem nationalistisch-verengten Blickwinkel dazu gehören: im weitesten Sinn die Deutschen, aber dann doch nur die, die ihr Deutschsein über Generationen nachweisen können, oder die bestimmten, normierten Lebensweisen folgen. Dieser Volksbegriff schließt demokratischen Wandel und Pluralismus aus: Es gibt nur ein wahres Volk, Deutschland; und das hat nur einen wahren Vertreter, die AfD oder Pegida. Wer das nicht akzeptiert, gehört nicht dazu - weder moralisch, noch politisch. Typisch dafür ist die Kritik von Frauke Petry an der Pilgerfahrt des Fußballnationalspielers Mesut Özil nach Mekka. Auf der einen Seite wirft sie ihm vor, diese Pilgerreise auf Twitter öffentlich gemacht zu haben und damit eine „politische Aussage treffen zu wollen“ (die sächsische AfD sprach von einem „anti-patriotischen Signal“), auf der anderen Seite kritisiert sie ihn, dass er als Moslem nicht nach den Regeln der Sharia lebt, denn „die Frauen an seiner Seite“ seien unverschleiert. Klar ist: Die AfD maßt sich an, zu bestimmen, wer und was ein Muslim ist, und gleichzeitig, wie er sich zu verhalten, nach welchen Maßstäben er zu leben hat.

Man kann Müller nur zustimmen, wenn er in dem Interview resümiert:

Populismus ist keine Krankheit, sondern eine permanente Gefahr.

Die Gefahr besteht darin – und darauf hat Ralf Melzer von der Friedrich-Ebert-Stiftung hingewiesen, dass der Rechtspopulismus Unzufriedenheit und das Gefühl kollektiver Bedrohung bewusst und gezielt in Hass umschlagen lässt. Genau das hat Donald Trump in seinem Wahlkampf gemacht. So wurde die Parole „Make America great again“ auf den Kundgebungen skandierend verbunden mit den beiden Parolen „Lock her up“ (sperrt sie ein, gemeint war Hillary Clinton) und „Drain the swamp“ (legt den Sumpf trocken). Der Journalist Georg Diez hat in einem Essay auf SPIEGELonline das Verhalten der Menschen auf zwei Wahlkampfveranstaltungen mit Barack Obama und Donald Trump miteinander verglichen und kommt zu dem Ergebnis:

Die eine Menschenmenge „war wie ein Netz von Individuen, die ein gemeinsames Ziel haben, die andere Menge war wie eine Mauer aus Menschen, die einen gemeinsamen Feind haben. Das ist, glaube ich, der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur ...“

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-wird-us-praesident-der-buergerkrieg-des-weissen-mannes-a-1120578.html>)

Was wir an dem allem sehr schnell erkennen können: Nationalisierung der Politik verbindet sich unmittelbar mit Ausgrenzungsstrategien. Ja, diese sind, gepaart mit entsprechender Emotionalisierung, fast zwangsläufig und auf lange Sicht Gewalt und – zu Ende gedacht - Krieg fördernd. Sie sind aber nicht nur nach außen gerichtet (also gegen Flüchtlinge oder Nachbarländer), sondern vor allem auch nach innen. Darum darf es niemanden verwundern, dass die Nationalisierung der Politik kulturellen und religiösen Pluralismus massiv beschränken will. So forderte Nicolaus Fest bei seiner Präsentation als Neu-Mitglied der AfD:

Das öffentliche Zeigen und Ausüben dieser Religion muss man verhindern. ... Ja, das bedeutet, dass man auch Moscheen schließen muss, genau.

Ebenso ist das Diktum von Alexander Gauland zu verstehen, das er in verschiedenen Varianten seit Monaten wiederholt: „Wir wollen überhaupt keine Flüchtlinge.“ Was so viel bedeutet, wie: Wir wollen unter uns bleiben. Aber da ist schon klar: das „uns“ wird, wenn es darauf ankommt, völkisch definiert.

In Ungarn und Polen können wir jetzt schon erkennen, wohin eine „deutsche kulturelle Identität als Leitkultur“ führen wird: zu einer Vereinheitlichung der Geschichtssicht, die aber nur zu erreichen ist über verordneten Antipluralismus und der Aushebelung von Verfassungsgrundsätzen. In einer Rede am Kyffhäuser im Sommer des vergangenen Jahres verlangt Björn Höcke: das deutsche Volk müsse den „Kultur- und Zivilisationsbruch verhindern“, müsse „seinen Selbsthass überwinden“ und dann wörtlich:

Wir haben über 70 Jahre Mahnmale in diesem Land gebaut ... (Pause) ... Es ist an der Zeit, endlich wieder Denkmäler zu errichten.

Da bedarf es nur noch eines kleinen Schrittes, um zur Forderung von Legida zu gelangen: „Schluss mit dem Kriegsschuld kult“. Abschied von der nationalsozialistischen Vergangenheit, um an ihre Voraussetzungen und ideologischen Grundbedingungen bruchlos anknüpfen zu können – das ist das ideologische Ziel all derer, die jetzt Deutschland zum Opfer einer jahrzehntelangen Umerziehungsstrategie erklären und zurückkehren wollen zu einem auf sich selbst bezogenen, aus Europa herausgelösten deutschen Nationalstaat – frei von allen fremden, insbesondere islamischen Einflüssen. Genau das verbirgt sich hinter der viel zitierten, keineswegs harmlosen Äußerung von Jörg Meuthen auf dem Parteitag der AfD im Mai des vergangenen Jahres:

Wir wollen weg vom links-rot-grün verseuchten 68er Deutschland, weg vom leicht versifften 68er-Deutschland hin zu einem wirklich freien, souveränen Nationalstaat Deutschland in der Völkergemeinschaft der Welt.

6 Für Demokratie streiten

Nun ist die Frage: Wie kann dieser Art von Nationalisierung widerstanden werden, deren mögliche, dramatische Auswirkungen uns aus historischer Erfahrung nicht unbekannt sind? Ich möchte auf diese Frage in vierfacher Weise antworten:

1. Schon in den 90er Jahren habe ich mich als bekennender Alt-‘68er gefragt, wann das ostdeutsche „‘68“ nach der Friedlichen Revolution 1989 und der Deutschen Einheit eintreten und wie es aussehen wird. Das westdeutsche ‘68 setzte ca. 25 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus ein und hatte eine grundlegende Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens und der Demokratie zur Folge – natürlich begleitet von Verwerfungen: eine starke NPD auf der einen und die „Rote Armee Fraktion (RAF)“ auf der anderen Seite. Über 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution befindet sich unsere Gesellschaft wiederum in einer Zeitenwende und Zerreißprobe – gerade auch in Ostdeutschland. Nun scheint das, was 1989 ermöglicht hat, plötzlich zur Disposition zu stehen: das geeinte Europa, das in einem mühsamen politischen Prozess ohne heißen Krieg die Spaltung überwunden hat und gerade darin Vorbild sein könnte für Befriedungsstrategien in Krisenregionen wie dem Nahen Osten. Zur Disposition wird auch die parlamentarische Demokratie gestellt. Für Beides scheint es bei vielen Menschen weder Begeisterung zu geben, noch ein Verantwortungsgefühl für die Notwendigkeit freiheitlichen Zusammenlebens. Stattdessen in allen Varianten Abschottung unter Reklamation eines Volkswillens. Dabei erfährt vieles, was überwunden zu sein schien, eine neue Attraktivität: Demokratieverachtung, Politiker-Bashing, Absage an Pluralität, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Diskursverweigerung und eine niedrige Hemmschwelle zur Gewalt. Wie dem begegnen, was in den vergangenen 25 Jahren schon längst in vielen Ortschaften durch die NPD und rechtsradikale Kameradschaften implementiert worden ist und hat wachsen können und was durch Terroranschläge befeuert wird? Die große Aufgabe wird darin bestehen, dass wir vor Ort, in Familien, in der Nachbarschaft, im Betrieb und Verein, in Kirchen und Gewerkschaften, in Schulen und Hochschulen in den streitigen gesellschaftlichen Diskurs eintreten, um einen neuen Aneignungsprozess der freiheitlichen Demokratie und der Grundwerte unserer Verfassung in Gang zu setzen. Dabei wird das eine große Rolle spielen, was in den vergangenen 30 Jahren in Kitas, Schulen, Hochschule, In Parteien, Gewerkschaften, Kirchen sträflich vernachlässigt wurde und was dringend aktiviert werden muss: die politische und die Demokratie-Bildung.
2. Dies wird aber nur gelingen, wenn wir den sozialen Verwerfungen offensiv begegnen. Es ist ja richtig, dass die Erwerbslosigkeit auf einem sehr niedrigen Stand ist; es ist richtig, dass niemand wegen der Geflüchteten weniger Geld in der Tasche hat; es ist richtig, dass Armut ein sehr relativer Begriff ist. Aber eine Bevölkerung hält es auf Dauer nicht aus, wenn die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht, die Bildungseinrichtungen diesen Prozess eher verfestigen als ihn stoppen und für zu viele

Menschen der mögliche Absturz ins soziale Elend eine Realität ist. Sie hält es auch nicht aus, wenn ein asoziales Verhalten der Führungselite offen zu Markte getragen wird – wie das bei den VW-Vorstandsmitgliedern der Fall ist: da werden Gehälter und sog. Boni gezahlt, die in keinem Verhältnis stehen zur Leistung und die eine erschreckende Missachtung der Grundwerte unserer Gesellschaft offenbaren. Es ist richtig, dass soziale Gerechtigkeit nur unter den Bedingungen eines demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaates möglich ist. Das müssen wir auch immer so kommunizieren. Allerdings haben wir auch zu beachten, dass Demokratie und Rechtsstaat gefährdet sind, wenn Menschen sich abgehängt und ungerecht behandelt fühlen. Wie aber sieht lokales Handeln in Sachen Gerechtigkeit aus? Ich nenne nur zwei Punkte:

- Wir benötigen in den Städten bezahlbaren Wohnraum – und zwar in allen Stadtteilen, um einer Spaltung der Gesellschaft vorzubeugen. Die kann politisch nur vor Ort umgesetzt werden.
 - Wir sollten uns auf einen Grundsatz verständigen: Kein Kind verlässt ohne Abschluss eine Schule. Für eine solchen Zielvereinbarung benötigen wir kein neues Gesetz, wohl aber eine Vereinbarung in jeder Schule unter Einbeziehung der Unterstützer vor Ort: Vereine, Kirchen, Parteien, Verbände.
3. Wir werden unsere Grundwerte nur dann bewahren und weiter entwickeln können, wenn wir ihre Quellen nicht versiegen lassen. Das Diktum des ehemaligen Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde ist hier ganz wichtig:

Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.

Diese Voraussetzungen müssen in der Gesellschaft immer wieder gefunden und ausgelotet werden. Das geht aber nur unter den Bedingungen einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, in der Meinungs- und Religionsfreiheit herrschen und in der der Staat dafür sorgt, dass die Institutionen, die sich um die Grundwerte kümmern, ihre Arbeit auch frei tun können. Wir werden stärker als bisher unsere Traditionen und Quellen zu beachten und zu pflegen haben, denen wir Grundwerte verdanken, um an ihnen anknüpfen zu können. In Klammern: Dass die Kirchen einem erheblichem Bedeutungsverlust unterliegen und schrumpfen, hat nicht nur für diese negative Folgen. Es wirkt sich auch in allen gesellschaftlichen Bereichen aus – nicht unbedingt zum Vorteil der Menschen.

4. Ohne eine europäische Perspektive werden wir die Aufgaben nicht bewältigen können. Darum gilt es den Nebel des Selbstverständlichen zu lichten. Wir haben uns daran gewöhnt, dass in unserem Land und in Europa fast alles funktioniert, aber wir haben vergessen, dass dies unsere aktive Beteiligung erfordert. Letzteres muss verstärkt werden – und zwar vor Ort. Hier in Leipzig müssen wir für Europa streiten. Denn wir verdanken der Europäischen Einigung die längste Friedenszeit in Mitteleuropa – und damit auch in unserem Land nach einer schrecklichen Periode von Terror und Krieg. Frieden aber

ist kein Selbstläufer. Unsere hier gemachten Erfahrungen können wir weltweit einsetzen. Diese Erfahrung ist: Wer eine friedliche Entwicklung in einer Krisenregion implementieren will – und dazu gehören Demokratie, Vielfalt, soziale Gerechtigkeit, benötigt dafür mindestens 40 Jahre, zunehmende Öffnung der Grenzen, Pluralität und internationale Zusammenarbeit – vor allem aber eine neue Begeisterung dafür, dass es immer besser ist, miteinander zu reden als aufeinander zu schießen (Willy Brandt). Es ist besser, Grenzen zu öffnen, als sie zu schließen.

7 Zum Schluss: drei Ermutigungen

Wir feiern in diesem Jahr nicht nur 500 Jahre Reformation. Wir stehen in diesem Jahr auch in einem Kampf um Demokratie, Pluralität und soziale Gerechtigkeit in Europa. Hier ist jeder gefragt – insbesondere diejenigen, die in unserer Gesellschaft Führungspositionen innehaben (und das fängt spätestens bei der Kita-Leiterin an) oder sich auf eine solche durch das Studium vorbereiten. Sie alle sollten sich darüber im Klaren sind: Wie ich rede, was ich sage, welche Überzeugungen ich vertrete, welche Haltung ich einnehme – all das ist Ausfluss meiner Grundüberzeugungen, prägt andere Menschen und hat letztlich globale Auswirkungen. Wenn Sie jetzt meinen, dass sei zu hoch gegriffen, möchte ich Ihnen drei Ermutigungen mit auf den Weg geben:

- Demokratie lebt von Beteiligung eines jeden Bürgers, einer jeden Bürgerin. Diktatur lebt davon, dass alle funktionieren, und dass die, die nicht parieren, ausgeschlossen werden.
- Jeder von uns ist mindestens so mächtig und einflussreich wie eine Angela Merkel. Wir müssen diese Verantwortung vor Ort nur wahrnehmen, anstatt uns selbst für ohnmächtig zu erklären.
- Ein Franziskaner, der in Basel im Bankenviertel ein „Eine-Welt-Lädeli“ betrieb, wurde gefragt, was das denn nütze – seine Arbeit im Schatten des Finanzkapitals. Er antwortete: „Stechen Sie sich einmal mit einer Nadel in den kleinen Zeh. Der Schmerz kommt ganz schnell oben an.“

So wünsche ich uns allen, dass unsere lokalen Aktivitäten zu Nadelstichen für Demokratie, Pluralität und soziale Gerechtigkeit werden, heilsame Schmerzen auslösen und dort ankommen, wo Entscheidungen fallen – vielleicht schon am kommenden Montag.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

Beratung für Kirche, Politik und Kultur

www.wolff-christian.de